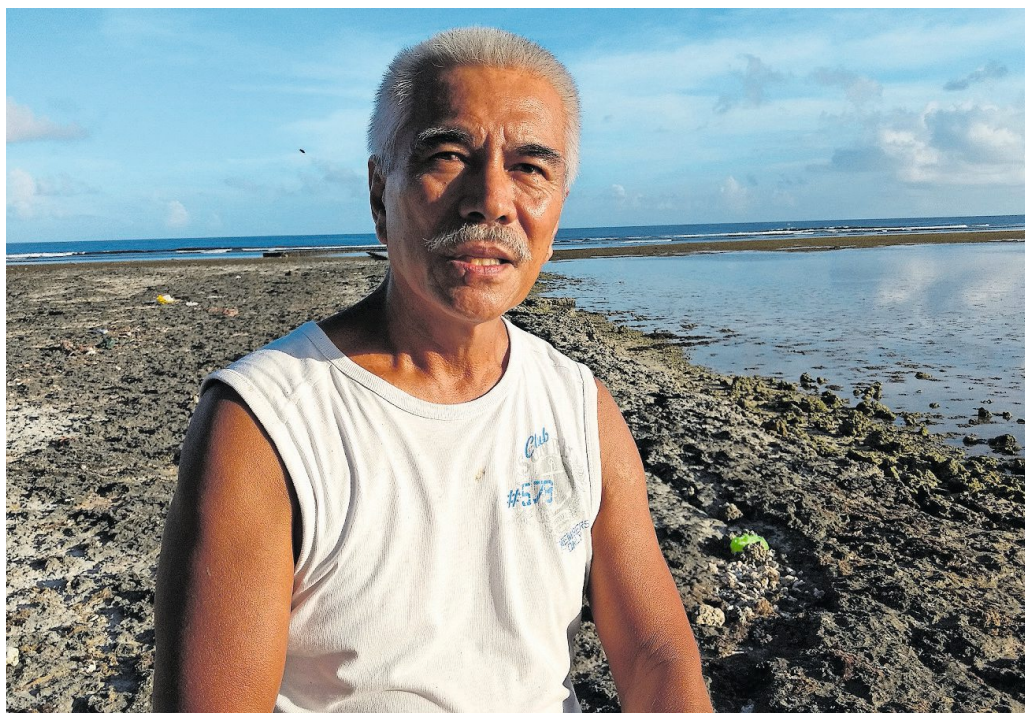


Oben: Kiribatis Ex-Präsident Anote Tong kämpft weltweit gegen den Klimawandel.
Links: Der Schulweg dieses Buben führt über Sandbänke, die fast schon im Wasser versunken sind.
Unten: Eine Marktfrau bietet an ihrem Stand frisch gefangene Muränen an.
Bilder: Imago/Urs Wälterlin

«Man muss alle an Bord haben»

Klimaziele An der Bonner Klimakonferenz geht es um Details, sagt Reto Knutti, Klimatologe an der ETH Zürich. Oberstes Ziel ist es, in 50 Jahren keine fossilen Treibstoffe mehr zu verbrennen.

Reto Knutti, werden in Bonn die ersten Versprechungen von Paris 2015 auf den Prüfstand gestellt?
An dieser Klimakonferenz passiert in dieser Hinsicht nicht viel. Standortbestimmungen werden alle fünf Jahre gemacht. Zum ersten Mal im Jahr 2018 an der nächsten Konferenz und dann wieder 2023. Es geht dieses Jahr darum, das Abkommen auszugestalten – zu sehen, was es überhaupt bedeutet. In Paris hat man ein Ziel festgesetzt, aber man hat sich nicht auf Details geeinigt.

Also wird nicht diskutiert, wie viel die einzelnen Länder freiwillig zum Klimaschutz beitragen wollen?
Nein, die individuelle Ausgestaltung der verschiedenen Länder wird kein grosses Thema sein. Nach Kyoto und den Nachfolgeverhandlungen hat man gemerkt, dass die Idee, sozusagen ein globales Klima-Budget zu verteilen – also der darf so viel, der andere so viel – erfolglos ist. Die Länder haben dafür zu unterschiedliche Ausgangslagen. Wirtschaftlich und gesellschaftlich sowie entwicklungsmässig. Eine solche Aufteilung hätte nie in allen Augen fair sein können. Man will aber, dass sich alle am Klimaschutz beteiligen. Das geht im Moment nur, wenn alle selbst bestimmen, was sie für den Klimaschutz leisten können.

Dann könnte es Länder geben, die praktisch gar nichts leisten.
Entscheidend war in Paris, dass alle an Bord sind, dass alle unterschreiben. Mit Trittbrettfahrern geht das nicht. Deshalb hat man in Kauf genommen, dass einige vielleicht nur wenig tun. Man hofft natürlich, dass die Staaten dazu animiert werden, mehr zu unternehmen. Dass man die Schraube anziehen kann. Auch im Wissen, dass die Technologien für den Klimaschutz besser und billiger werden.

Wie könnte denn die Schraube angezogen werden?
Im Moment gibt es keinen Mechanismus, der Staaten unter Druck setzt. Man geht davon aus, dass Länder, die wenig bis nichts machen, sich mit der Zeit genötigt fühlen, doch mehr in den Klimaschutz zu investieren. Auch dank öffentlichem Druck inner- und ausserhalb eines Landes. Wenn Staaten zudem zeigen können, dass Umwelttechnik rentiert, kann das eine Vorbildwirkung für Zögerliche haben. Vielleicht gibt es diplomatischen Druck. Aber international gibt es in dieser Hinsicht kein Recht, das über allem steht. Es gibt keine Weltklima-Polizei. Die UNO funktioniert nur mit Konsens.

Gibt es Beispiele für Selbstbeschränkung?
Der Autoindustrie hat niemand diktiert, ihre Technologie zu verändern. Aber die Vorgänge in den letzten Jahren haben dazu geführt, dass viele Autobauer sagen, der Verbrennungsmotor sei auf lange Sicht tot. Firmen springen auf den Zug, wenn sie sich davon einen Erfolg versprechen.

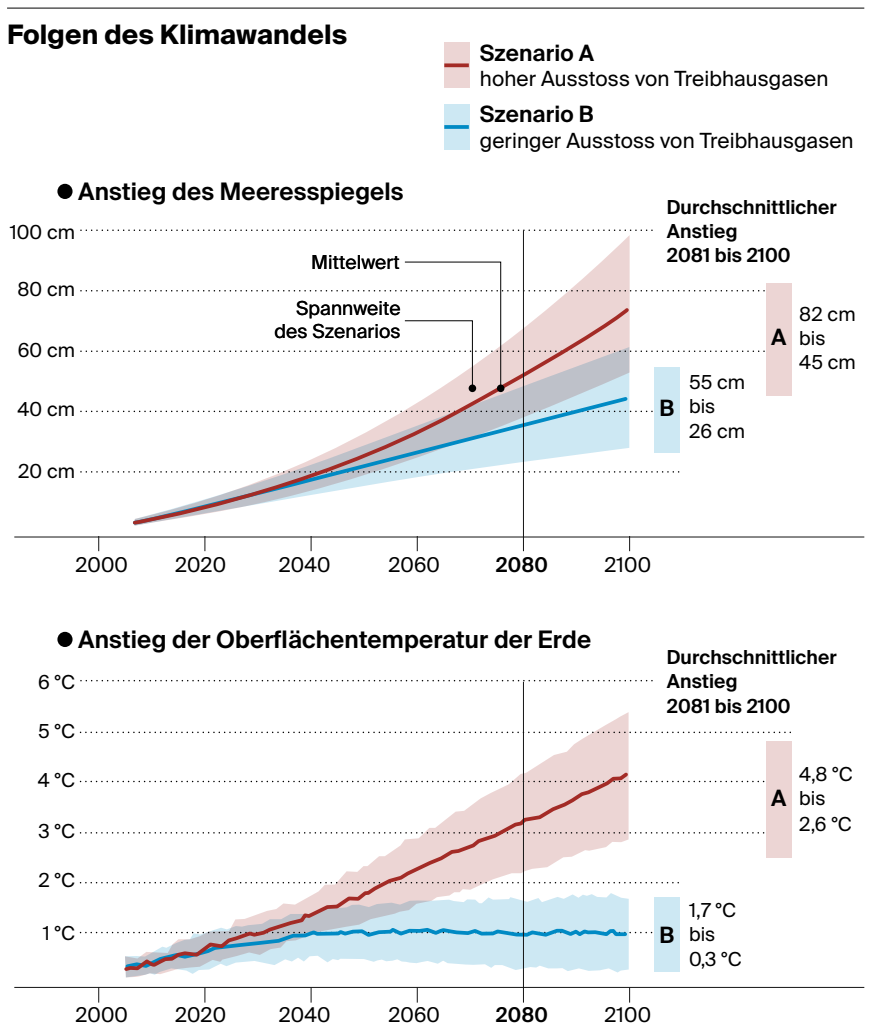
Das in Paris festgelegte Endziel ist die Entkarbonisierung, also der völlige Verzicht auf das Verbrennen fossiler Treibstoffe zwischen 2050 und 2100.
Genau. Das Endziel ist, die Erderwärmung nicht über 2 oder 1,5 Grad steigen zu lassen. Und für das braucht es null Emissionen in der zweiten Jahrhunderthälfte. Dafür gibt es keinen exakten Zeitpunkt. Ein Land kann länger zuwarten, muss dann aber schneller reduzieren. Es bleiben rund fünfzig Jahre, um die Emissionen auf null zu reduzieren.

Interview: Bruno Knellwolf

Wind dringt Meerwasser in die Felder, in die Gärten. Der Prozess des Sterbens beginnt. Brotfruchtbäume und Kokospalmen haben nur eine beschränkte Toleranz, wenn es um den Salzgehalt im Boden geht. Bald werden ihre Blätter braun. Dann ist die Pflanze tot. In einem Tümpel aus Meerwasser steht das Skelett eines verlassenen Hauses. Hunderte von Bauernfamilien haben in den letzten Jahren auf Kiribati ihre Lebensgrundlage verloren, und damit ihre Heimat. Und das Land verliert eine wichtige Einkommensquelle: Getrocknete Kokosnuss – sogenannte Kopra – ist eines der wenigen Exporterzeugnisse.

Ein paar Kilometer weiter entlang der Zentralstrasse. Auf beiden Seiten einfache Häuser. Kinder spielen, eine Mutter singt. Am Strand der Lagune, in der tropischen Hitze des späten Nachmittags, wuchtet Richard Turpin Brocken von Korallenschutt hinter eine Schutzwand aus rotem Blech. So entsteht mehr Platz – neuer «Raum zum Leben», wie er sagt. Turpin, ein Mann mit lichtem Haar und wenigen Zähnen, erinnert an einen Abenteurer aus einem Südseeroman. Der Brite ist Besitzer des Gasthauses Dreamers, einer von wenigen Herbergen in Kiribati. Schutzwälle bauen müsse hier jeder. «Wir nutzen, was wir finden, denn Beton ist teuer.» Richard Turpin ist in Kiribati aufgewachsen. Nach Jahren in der Ferne ist er in seine Heimat zurückgekehrt. «Zu viele Menschen, zu wenig Platz», erzählt er. Das Atoll ist schon heute eines der am dichtesten besiedelten Orte auf dem Globus – dichter als New York und Hongkong. Konservativen Prognosen zufolge soll die Zahl der Bewohner in Süd-Tarawa von heute 50 000 auf 80 000 im Jahr 2050 steigen. Die Mehrzahl dieser Menschen sind Klimaflüchtlinge aus anderen Teilen des Archipels. Vom Meer Vertriebene.

Folgen des Klimawandels



Quelle: UN, IPCC, DPA / Grafik: Oliver Marx

Jeden Morgen, bevor er sich an seiner Mauer an die Arbeit macht, spaziert Richard Turpin den Strand entlang. Hier zeigt sich die vielleicht augenscheinlichste Folge des Siedlungsdrucks: Abfall. Berge davon. Turpin macht kaum einen Schritt, ohne auf einen Styroporteller zu treten, eine Plastikgabel, eine Konservendose. Kiribati muss fast alle Produkte importieren, hat aber kein effektives System der Abfallbeseitigung. So spiegelt sich die grenzenlose Welt des Konsums in einem Tümpel am Strand wider. Zwischen den Wurzeln einer sterbenden Kokospalme verkittet sich das Silberpapier von Wrigley-Kaugummis mit der Plastikverpackung einer DHL-Kuriersendung. Kinder schwimmen zwischen leeren Wasserflaschen von Nestlé und Hygieneartikeln von Tampax. Selbst Autos – meist Gebrauchtwagen aus Japan – sind Einwegprodukte. Einmal defekt, bleiben sie als rostige Wracks am Strassenrand liegen – «Hotel Toyota» für Ratten und räudige Hunde. Den Müll auf Schiffe zu verladen und über Tausende Kilometer nach Australien oder Neuseeland zu bringen, das wäre viel zu teuer.

So wird Abfall zum Baustoff. Richard Turpin zeigt auf einen Berg von vollgepackten Mülltüten, die sein Nachbar direkt vor seinem Haus am Strand aufgeschichtet habe, «gegen das eindringende Wasser». Nach ein paar Tagen in der tropischen Sonne platzen die Plastiktüten auf. Ausgemergelte Hunde streuen den Inhalt über den Sand und ins Wasser. An den schönsten Stränden von Kiribati glänzt nicht nur das Meer im Licht der Abendsonne, sondern auch der Aluminiumverschluss einer Coca-Cola-Dose.

«Nichts zu tun ist unmoralisch»

Besuch bei Seiner Exzellenz im T-Shirt. Anote Tong, bis im letzten Jahr Präsident von Kiribati, musste für das Interview aus dem Bett steigen. Er fühlt sich miserabel. «Ich habe Kopfschmerzen und Jetlag», sagt er und setzt sich auf eine Bank vor seinem einfachen Haus. In der Nacht ist er von einem Besuch in Europa heimgekehrt. Vorbereitungsgespräche für die Klimakonferenz in Bonn. In internationalen Foren ist Tong die bekannteste Stimme aus dem Südpazifik. Ein Mann, getrieben von Hoffnung, Frustration, Verzweiflung – und Wut. Auf die reichen Industrieländer. Die Klimagasemissionen von Kiribati sind pro Kopf die drittniedrigsten der Welt. Amerikaner pumpen 45-mal mehr in die Atmosphäre. Doch die Menschen im Pazifik würden am stärksten unter den Folgen leiden, sagt er. Anote Tong sieht sich auf einer Mission: Er muss die Welt davon überzeugen, das Problem des Klimawandels endlich ernst zu nehmen. Er reagiert erst diplomatisch auf die Frage, was er vom amerikanischen Präsidenten Donald Trump halte und dessen Klimapolitik. Dann platzt es aus ihm heraus: «Nichts zu tun ist unmoralisch.» Sogenannte Klimawandelskeptiker vergleicht er mit Kriminellen, «weil sie genau wissen, dass sie lügen». Dasselbe gelte für die Befürworter der klimaschädigenden Kohleindustrie.

Haben tief liegende Länder wie Kiribati überhaupt eine Chance, langfristig überleben zu können? Tong will fest daran glauben. «Die Alternative wäre, dass unser Land verschwindet. Das ist nicht eine Option, die ich erwäge.» Trotzdem bereitet er Kiribati zur Flucht vor. Seine Regierung kaufte im benachbarten, mehrheitlich höher gelegenen Fidschi Land, wo sich sein Volk niederlassen könnte, wenn das Leben zu Hause nicht mehr möglich ist. Sogar den Bau künstlicher Sandinseln – mit Dubai als Vorbild – hat Tong erwogen. Zu teuer.

Im Hintergrund, zwischen dem Strand und einer Schutzmauer, spielen Kinder. Der Gesang einer älteren Frau wechselt mit dem Rauschen des Meeres. Trotz der existenziellen Probleme scheinen die meisten Menschen in Kiribati unbekümmert zu sein, zufrieden, ja fast naiv sorglos. Isoliert vom Rest der Welt, mit wenig Zugang zu Information, seien sich viele nicht bewusst, wie es um die Zukunft ihrer Heimat stehe, sagt Tong. «Es wird alles viel schlimmer, als meine Leute hier glauben», erzählt er, der «Tausende von Expertenberichten gelesen» habe. «Ich sage ihnen nicht, wie die Realität aussieht. Weshalb auch? Es macht sie nur traurig. Sie können ja ohnehin nichts ändern.»